

# Haushaltsrede für das Jahr 2011

von Stadtkämmerer Peter Bühler

Sehr geehrte Damen und Herren,

von den Vertretern der Kommunalen Spitzenverbände hören und lesen wir derzeit, dass es trotz des Wirtschaftsaufschwungs und der verbesserten Steuerschätzung vom Herbst 2010 für die Kommunen „kein Licht am Ende des Tunnels“ gibt.

Die Städte müssten voraussichtlich allein für dieses Jahr im Bundesdurchschnitt eine Neuverschuldung von fast 200 Euro pro Einwohnerin/Einwohner verkraften.

Der Ihnen vorgelegte Haushaltsplanentwurf 2011 sieht für dieses Jahr eine Neuverschuldung von 4,7 Mio. Euro vor. Das sind rund 181 Euro pro Einwohnerin/Einwohner. Wie sie sehen, kommen wir dem Bundesdurchschnitt sehr nahe.

Dennoch können und wollen wir uns nicht mit dem Verweis auf die anderen Kommunen zurückziehen.

Deshalb hat Herr Oberbürgermeister Schaidhammer bereits im Frühjahr des Jahres 2010 eine Haushaltsstrukturkommission, die aus Mitgliedern des Gemeinderates und der Verwaltung bestand, gebildet. Aufgabe dieser Kommission war es, die von allen Haushaltsverantwortlichen und von einigen Bürgerinnen und Bürgern unterbreiteten mehr als 300 Einsparvorschläge zu hinterfragen, zu bewerten und letztlich dem Gemeinderat zur Beschlussfassung vorzulegen. Dem Gemeinderat wurden dann am 8. Dezember kurzfristige Einsparungsvorschläge in Höhe von 708.700 Euro und mittelfristige Vorschläge in Höhe von 394.800 Euro vorgelegt, die mehrheitlich so beschlossen wurden.

Führten die Anmeldungen der Fachbereiche für die Eckwerte noch zu einem Fehlbetrag von 6,3 Mio. Euro, konnte dieser auf Grund der vorgenannten Einsparungen durch die Haushaltsstrukturkommission, durch Einzel- und Pauschalkürzungen und die positiven Änderungen des Haushaltserlasses auf Grund der November-Steuerschätzung um 2,5 Mio. Euro verringert werden.

Diese Einsparungen sind bemerkenswert, da die Möglichkeiten sehr begrenzt sind. Dennoch sind diese Einsparungen viel zu wenig, denn es verbleibt ein Fehlbetrag für das Jahr 2011 im Ergebnishaushalt von 3,8 Mio. Euro. Dies wird sich auch mittelfristig nicht ändern.

Deshalb sollte die Haushaltsstrukturkommission als ständige Einrichtung bestehen bleiben, um mittelfristig weitere Vorschläge zur Konsolidierung unseres Haushaltes zu unterbreiten. Denn es kann nicht gut gehen, wenn man dauerhaft mehr Geld ausgibt als man einnimmt. Aber ich habe manchmal den Eindruck, dass diese Tatsache verdrängt und die Gefahr, die damit verbunden ist, vielfach unterschätzt wird.

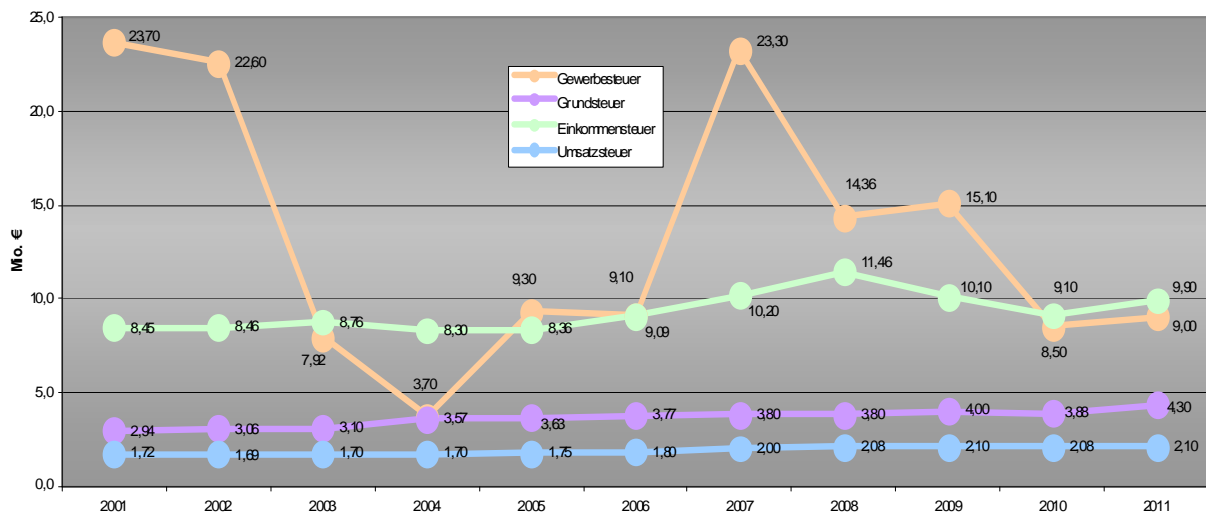
### Gesamtergebnishaushalt

	Plan 2011	Plan 2010
Ordentliche Erträge	46.592.074	47.435.039
Personalaufwendungen	10.156.108	10.119.900
Sachaufwendungen	8.723.916	8.860.825
Planmäßige Abschreibungen	3.493.350	3.388.750
Anteilige Zinsen	1.695.100	1.651.050
Transferaufwendungen	26.318.500	25.417.864
Ordentliche Aufwendungen	50.386.974	49.438.389
Veranschlagtes ordentliches Ergebnis	-3.794.900	-2.003.350

Die ordentlichen Erträge können wir mit 46,6 Mio. Euro einplanen. Dies bedeutet eine Verringerung gegenüber dem Haushaltsplan 2010 von 800.000 Euro.

Davon entfallen auf die Steuereinnahmen 26,5 Mio. Euro, auf laufende Zuweisungen 10,7 Mio. Euro, auf die Gebühren 5,8 Mio. Euro und auf sonstige Kostenerstattungen und Erträge 3,5 Mio. Euro.

## Steuereinnahmen



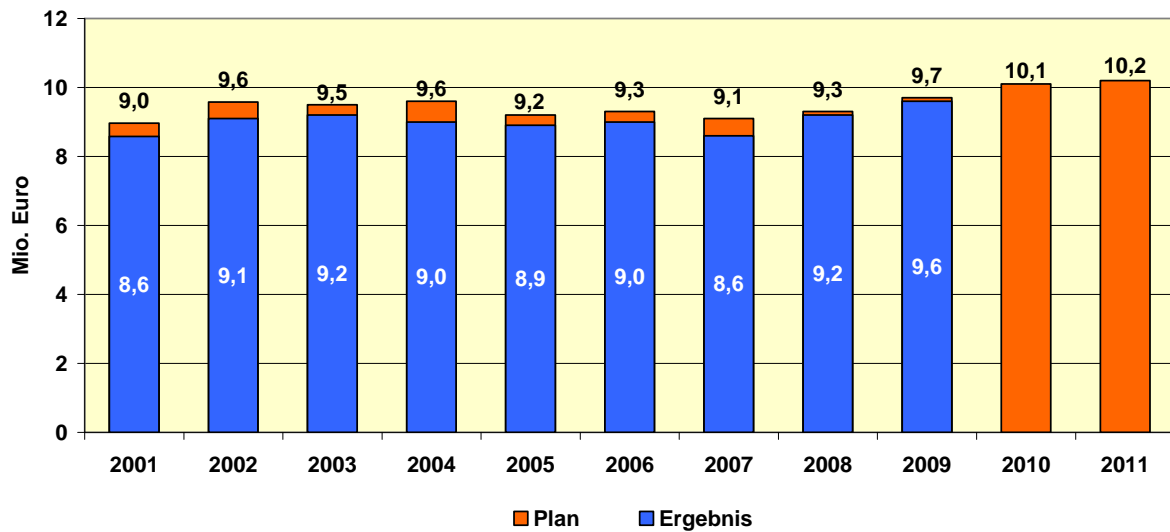
Die Gewerbesteuer für das Jahr 2011 haben wir bereits zu den Eckwerten auf Grund der uns vorliegenden Unterlagen auf 9 Mio. Euro geschätzt. Die derzeit gebuchten Gewerbesteuerereinnahmen liegen bei 9,86 Mio. Euro.

Der Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer wurde auf Grund der November-Steuerschätzung von 3,65 Milliarden Euro auf 3,9 Milliarden Euro erhöht. Wir können deshalb mit Einnahmen in Höhe von 9,9 Mio. Euro rechnen. Das sind rund 800.000 Euro mehr als im Vorjahr.

Der Anteil an der Umsatzsteuerbeteiligung beträgt für das Jahr 2011 rund 2,1 Mio. Euro und hat sich um rund 40.000 Euro gegenüber dem Vorjahr ebenfalls erhöht.

Die Zuweisungen aus dem Finanzausgleich werden im Jahr 2011 voraussichtlich 5,2 Mio. Euro betragen. Zahlungswirksam werden diese Zuweisungen jedoch erst im Jahr 2013. Aus dem Jahr 2009 können wir zahlungswirksame Zuweisungen im Jahr 2011 in Höhe von 3,8 Mio. Euro erwarten. Da die erwartete Gewerbesteuerrückzahlung in Höhe von 4,6 Mio. Euro nicht im Jahr 2009, sondern erst im Jahr 2010 vorzunehmen war, verschieben sich die Ausgleichszahlungen aus dem Finanzausgleich entsprechend.

## Personalkosten

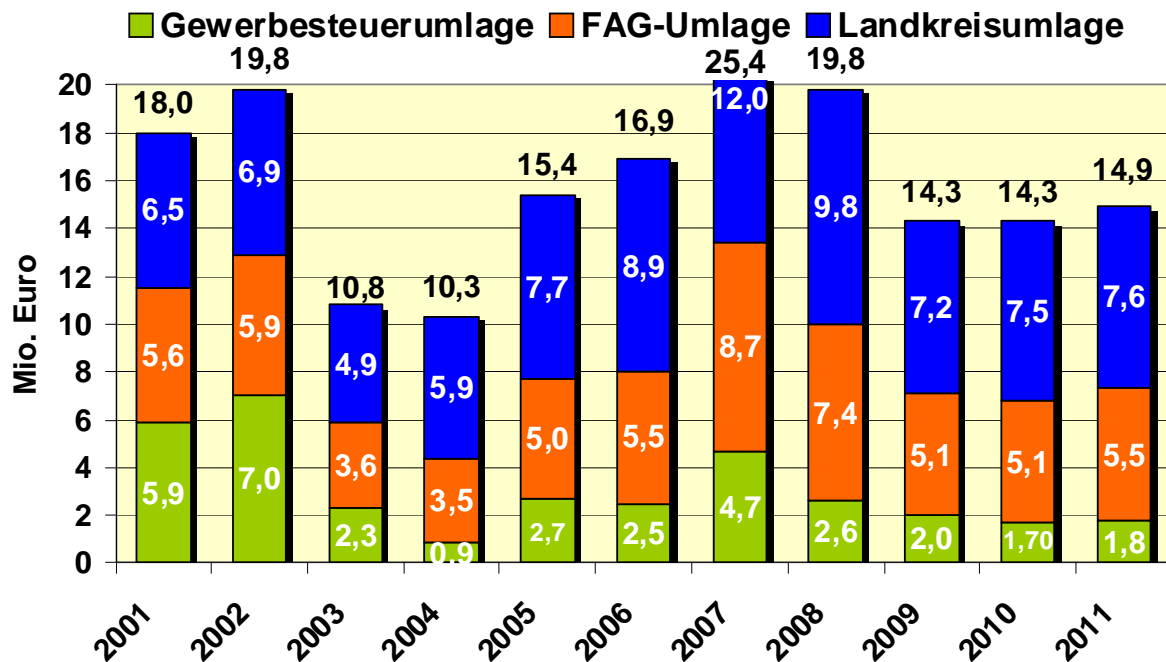


Die Personalkosten im Jahr 2011 erhöhen sich gegenüber dem Vorjahr nur um 36.000 Euro auf insgesamt 10.156.000 Euro, obwohl wir für alle Beschäftigten eine Besoldungs- bzw. Tarifierhöhung von 1,5 % einkalkuliert haben. Der Grund für diese geringe Erhöhung sind Personalkosteneinsparungen in einigen Fachgruppen und die Auflösung von Rückstellungen für die Altersteilzeit.

Den Personalaufwendungen stehen aber auch Kostenersätze der Zweckverbände und der Stadtwerke für Dienstleistungen bzw. für abgeordnete Beschäftigte in Höhe von 200.000 Euro gegenüber.

Die angemeldeten Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen wurden um insgesamt 1 Mio. Euro reduziert. Gegenüber dem Ansatz 2010 hat sich der Ansatz 2011 um 137.000 Euro auf insgesamt 8,7 Mio. Euro verringert.

## Umlagen



Auf Grund der geplanten Steuereinnahmen im Jahr 2011 werden sich die Umlagen gegenüber dem Jahr 2010 insgesamt um 600.000 Euro erhöhen. Die Gewerbesteuerumlage wurde durch die erste Änderung des Haushaltserlasses um 1 v. H. auf 70 v. H. verringert. Hierdurch sparen wir bei geplanten 9 Mio. Euro Gewerbesteuererinnahmen 25.000 Euro ein. Bei der Landkreisumlage sparen wir aufgrund der Verringerung des Umlagesatzes um 1,4 v. H. auf 31,5 v. H. rund 300.000 Euro ein. Die Finanzausgleichsumlage erhöht sich gegenüber dem Vorjahr um 400.000 Euro auf 5,5 Mio. Euro.

Für die derzeit bestehenden Darlehen von 28,65 Mio. Euro fallen Zinsen in Höhe von 1.155.000 Euro an. Dies bedeutet eine durchschnittliche Verzinsung von 4,03 %. Für die nicht ausbezahlten Verlustausgleiche für die Palatin GmbH sind weitere 325.000 Euro an Zinsen zur Verfügung zu stellen. Für die geplanten Neuaufnahmen von 4 Mio. Euro und für die notwendigen Kassenkredite müssen wir 215.000 Euro an Zinsen planen. Die Zinsaufwendungen betragen somit 1.695.000 Euro und haben sich gegenüber dem Vorjahr um 45.000 Euro erhöht.

Insgesamt betragen die ordentlichen Aufwendungen 50.387.000 Euro. Diesen Aufwendungen stehen 46.592.000 Euro Erträge gegenüber, so dass wir einen Fehlbetrag in Höhe von 3.795.000 Euro ausweisen müssen. Es ist uns nicht möglich, trotz der bereits erwähnten Einsparungen, einen ausgeglichenen Ergebnishaushalt vorzulegen.

## Gesamtfinanzhaushalt

	Plan 2011	Plan 2010
Zahlungsmittelüberschuss/ - bedarf des Ergebnishaushaltes	-1.311.600 €	-8.463.448 €
+ Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	1.900.000 €	4.043.000 €
- Auszahlungen für Investitionen	4.001.800 €	3.128.000 €
- Auszahlung aus Haushaltsresten Vorjahre	500.000 €	500.000 €
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	4.501.800 €	3.628.000 €
Saldo aus Investitionstätigkeit	-2.601.800 €	415.000 €
Veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf	-3.913.400 €	-8.048.448 €
+ Aufnahme von Krediten und sonstigen Vorgängen	4.000.000 €	2.002.000 €
- Tilgung von Deckungskrediten und sonstigen Vorgängen	-800.000 €	-750.000 €
Saldo aus Finanzierungstätigkeit	3.200.000 €	1.252.000 €
+ Entnahme aus der Liquiditätsreserve	0 €	0 €
<b>= Finanzierungsmittelbestand</b>	<b>-713.400 €</b>	<b>-6.796.448 €</b>

Der Zahlungsmittelbedarf des Finanzhaushaltes 2011 beträgt 1.311.600 Euro. Das heißt, uns fehlen, wie in den Jahren zuvor, wieder die liquiden Mittel, um unsere Aufwendungen aus dem laufenden Betrieb bezahlen zu können. Gegenüber dem Jahr 2010 hat sich der Zahlungsmittelbedarf allerdings um 7,15 Mio. Euro verringert.

Von den Fachgruppen wurden für die Jahre 2011 bis 2014 ursprünglich Investitionen in Höhe von 46,6 Mio. Euro angemeldet. Auf Grund der derzeitigen finanziellen Situation wurden diese Anmeldungen für die Jahre 2011 bis 2014 auf insgesamt rund 9,5 Mio. Euro gekürzt.

Für das Jahr 2011 wurden 4 Mio. Euro in den Plan aufgenommen. Zusammen mit den Auszahlungen für die Haushaltsreste der Vorjahre in Höhe von 500.000 Euro betragen die Auszahlungen für Investitionen 4,5 Mio. Euro.

Auf die vorgesehenen Investitionen im Jahr 2011 wird Herr Oberbürgermeister Schaidhammer noch im Einzelnen eingehen.

Nach Vollzug der geplanten Darlehensaufnahme wird unsere Verschuldung zum 31.12.2011 32.865.000 Euro betragen. Dies bedeutet eine Pro-Kopf-Verschuldung von 1.267 Euro.

Die Pro-Kopf-Verschuldung im Landesdurchschnitt liegt bei 434 Euro.

Trotz der geplanten Darlehensaufnahme verbleibt ein Zahlungsmittelfehlbetrag von 713.400 Euro. Für diesen Fehlbetrag dürfen wir keine Investitionskredite aufnehmen sondern müssen unsere bestehenden Kassenkredite weiter erhöhen.

## Mittelfristige Finanzplanung 2012 bis 2014

<i>in 1.000 €</i>	Planjahr 2011	1. Folgejahr 2012	2. Folgejahr 2013	3. Folgejahr 2014
<b>Ordentliche Erträge</b>	46.592	49.708	51.239	52.491
<b>Ordentliche Aufwendungen</b>	50.387	53.151	53.895	54.605
<b>Veranschl. Ordentliches Ergebnis</b>	<b>-3.795</b>	<b>-3.443</b>	<b>-2.656</b>	<b>-2.114</b>
<b>Zahlungsmittelüberschuss/ -bedarf</b>	<b>-1.312</b>	<b>2.970</b>	<b>3.905</b>	<b>2.465</b>
<b>Einzahlungen aus Investitionstätigkeit</b>	<b>1.900</b>	<b>1.697</b>	<b>1.187</b>	<b>1.052</b>
<b>Auszahlungen aus Investitionstätigkeit</b>	<b>-4.501</b>	<b>-2.453</b>	<b>-1.763</b>	<b>-1.267</b>
<b>+ Aufnahme von Deckungskrediten</b>	<b>4.000</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
<b>- Tilgung von Deckungskrediten</b>	<b>-800</b>	<b>-800</b>	<b>-800</b>	<b>-800</b>
<b>+ Entnahme aus Liquiditätsreserve</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
<b>= Änderung des Zahlungsmittelbestands</b>	<b>-713</b>	<b>1.414</b>	<b>2.529</b>	<b>1.450</b>

Die mittelfristige Finanzplanung ab dem Jahr 2012 bis zum Jahr 2014 zeigt deutlich, dass ein Ausgleich im Ergebnishaushalt im Planungszeitraum nicht möglich ist.

Selbst bei den optimistisch geschätzten steigenden Steuereinnahmen müssen wir auf Grund der allgemeinen Erhöhungen sowie der erhöhten Umlagen ab dem Jahr 2012 Fehlbeträge in Höhe von 3,4 Mio. Euro, im Jahr 2013 in Höhe von 2,7 Mio. Euro und im Jahr 2014 in Höhe von 2,1 Mio. Euro ausweisen.

Die Ergebnisse der eingesetzten Haushaltsstrukturkommission haben ebenfalls gezeigt, dass auch mittelfristig ein Ausgleich des Ergebnishaushalts durch weitere Einsparungen nicht möglich ist. Um einen Ausgleich zu erreichen, müssten drastische Einsparungen – bis hin zur Schließung von Einrichtungen - vorgenommen werden. Alternativ hierzu müsste sich die Einnahmeseite entsprechend erhöhen.

Allerdings wird es aufgrund der Auswirkungen des Finanzausgleiches ab dem Jahr 2012 wieder einen Zahlungsmittelüberschuss aus dem Ergebnishaushalt mit rund 3 Mio. Euro, im Jahr 2013 mit 3,9 Mio. Euro und im Jahr 2014 mit rund 2,5 Mio. Euro geben. Dies sind die ersten Voraussetzungen, um die derzeit bestehenden Kassenkredite in den Folgejahren entsprechend abzubauen.

Die angemeldeten Investitionen für die Jahre 2011 bis 2014 wurden auf insgesamt rund 9,5 Mio. Euro gekürzt. Nur bei Einhaltung dieser geplanten niedrigen Investitionsauszahlungen in den Folgejahren könnte ein Liquiditätsüberschuss in Höhe von insgesamt

5,4 Mio. Euro erwirtschaftet werden. Um diesen Betrag würden sich dann die bestehenden Kassenkredite verringern.

Wir haben für die vorgelegten Einsparungsvorschläge eine Reihenfolge der Wichtigkeit gebildet. Hierbei stehen die Kinder und die Jugend an erster Stelle. Dies ist richtig, es fehlt aber ein weiteres wichtiges Thema das wir aufnehmen müssen. Das ist die Schuldentilgung. Dieses Thema ist deshalb so wichtig, weil gerade die Kinder und Jugendlichen diese Schulden, die wir heute machen, später einmal zurückzahlen müssen.

Schließen möchte ich mit dem Dank bei Ihnen und bei all meinen Kolleginnen und Kollegen für die Mitarbeit bei der Aufstellung dieses Haushaltsplanes und mit einem Zitat von Manfred Rommel über die Finanzpolitik:

„Finanzpolitik ist die Auseinandersetzung zwischen jenen Leuten, die einen Euro haben und zwei ausgeben wollen, und jenen anderen, die wissen, dass das nicht geht“.